



von Michael Winkler

Freie Liste für dieses Ansinnen eine Mehrheit findet, darf bezweifelt werden. Zum einen, weil dieser Vorschlag wohl einigen Akteuren zum Schutz der Staatskasse zu weit geht und zum anderen, weil Anträge der Freien Liste gewohnheitshalber eher verworfen als angenommen werden. Dennoch darf man die kommende Landtagssession mit Spannung erwarten. Denn von verschiedenen Seiten wurde bereits Kritik an der Budgetierung geäussert, weil sie stellenweise von sehr optimistischen Zinssätzen und Annahmen ausgehe.

# Zahlreiche Baustellen noch zu richten

→ Nun ist es also amtlich: Der Gesellschaftsminister hat ein Budgetkorrektur um 300 000 Franken gefordert, um der Ungleichbehandlung der Kindertagesstätten in Liechtenstein – bisher gab es etliche Institutionen, die keine Beiträge erhielten – zumindest temporär einen Riegel zu schieben. Nach der gescheiterten Initiative der Wirtschaftskammer, die einen Zugriff auf die Familienausgleichskasse bedeutet hätte, eine gute Nachricht für die Kitas und Eltern, welche ihre Kinder zeitweise ausserhäuslich betreuen lassen wollen. Ausserdem sei das Ministerium derzeit dabei, zu eruieren, wie vor allem einkommensstarke Eltern einen stärkeren Beitrag zum heutigen System leisten können. Immerhin: Es kommt Bewegung in die Sache. «Nicht genug!», sagt die Freie Liste. In einem Beitrag in der heutigen Ausgabe kündigt sie an, diese 300 000 Franken verfünffachen zu wollen, um der Situation Herr zu werden. Einen entsprechenden Antrag werden sie kommende Woche im «Budget-Landtag» einbringen. 1,5 Millionen soll das Land künftig mehr ausgeben, um die Familien zu entlasten. Sehr weit greifen die «Weissen» damit nicht, denn seinerzeit in der Vernehmlassungsvorlage, die ebenfalls mit der gescheiterten Initiative gestorben ist, hatte die Regierung einen Kostenrahmen auf 1,3 Millionen beziffert. Ohne Tagemütter und Mittagstische, wohlgemerkt. Ob die

Ein weiteres Thema, das derzeit die Landespolitiker beschäftigt, sind die Verhandlungen mit der Schweiz rund um den Automatischen Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten. Da dieser

mit der EU per 1. Januar 2017 in Kraft tritt, dürfte die Schweiz auf einen ähnlichen Standard pochen. Günstiger wäre natürlich eine Abgeltungssteuer, wie sie mit Österreich bereits Tatsache ist. Sie würde weniger Administrationsaufwand bedeuten und böte den Schweizer Behörden keine tiefen Einblicke in die Steuerangelegenheiten ihrer Bürger in Liechtenstein. Dass in Schweizer Medien diese Position – die von einer hochrangigen Verhandlerin in der «Handelszeitung» vom Donnerstag öffentlich gemacht wurde – kritisiert wird, ist naheliegend. In den kommenden Monaten sollte hier eine Einigung erzielt werden. Entweder es gibt eine Abgeltungssteuer oder Liechtenstein wird bei den Verhandlungen, wie bereits beim Ansinnen auf eine Quellensteuer für Schweizer Grenzgänger, einen Bauchklatscher landen und am Ende den AIA einführen müssen. Hinter vorgehaltener Hand wird von Finanzexperten in diesem Fall ein Exodus von Schweizer Vermögen, das schätzungsweise ein Viertel der verwalteten Kundengelder beträgt, befürchtet.

**Themen der Woche auf Seite 10**



Die «Liewo»  
auf dem Smartphone



## 300 000 Franken zusätzlich für Kitas

Nachdem die Stimmbürger den Zugriff auf den FAK-Topf für die Finanzierung der Kindertagesstätten verneinten, beantragt das Gesellschaftsministerium nun einen Budgetnachtrag, um das Nötigste zu stemmen. In der heutigen Ausgabe der «Liewo» fordert Thomas Lageder von der Freien Liste (FL) gar eine Erhöhung um 1,5 Millionen Franken.

→ Der ursprünglich budgetierte Staatsbeitrag zur Subventionierung der Kindertagesstätten entsprach der Höhe des Vorjahres. Damit kommt der Gesundheitsminister aber, beachtet er die Wünsche des Volkes, finanziell nicht durch. Deshalb wird er gezwungen, den Staatsbeitrag an die Kindertagesstätten zu erhöhen. Das Ergebnis der Volksabstimmung zur Initiative «Familie und Beruf» bedeutet nämlich, dass keine zusätzlichen Mittel aus der Familienausgleichskasse für die Kitas fliessen und die bisher anerkannten, aber nicht geförderten Kitas über andere Kanäle subventioniert werden müssen. Wenn nun mit einem gleich bleibenden Staatsbeitrag

eine höhere Anzahl Plätze finanziert wird und keine anderen Finanzierungsquellen zur Verfügung stehen, muss der Elternbeitrag pro Betreuungstag stark angehoben werden. Das könnte insbesondere die etablierten Betreiber und Nutzer von Kindertagesstätten in finanzielle Schwierigkeiten bringen. «Das Ministerium für Gesellschaft klärt derzeit die Möglichkeiten einer Anpassung der Elternbeiträge insbesondere bei höheren Einkommen ab», schreibt das Ministerium in einer Medienmitteilung.

### Alle müssen sich bewegen

Für die Lösung des Problemkreises rund um die Kindertagesstätten

müssten sich alle Seiten bewegen. Aus diesem Grund beantragt die Regierung die Erhöhung der staatlichen Subventionen für die Kita-Einrichtungen um 300 000 Franken. Neben dieser kurzfristigen technischen Behebung der Ungleichbehandlung der Kita-Betreiber sei das Ministerium für Gesellschaft derzeit damit beschäftigt, eine Bedürfnisabklärung bei den Betroffenen zu erstellen. «Hierzu werden zurzeit mit den verschiedenen Anspruchsgruppen Gespräche geführt. Ziel ist es, zeitnah mittels Umfrage die Wünsche und Bedürfnisse der direkt Betroffenen, nämlich der jungen Familien, zu erheben», heisst es vom Gesellschaftsministerium.

Liegen diese Erkenntnisse vor, soll in grosser Runde mit allen Beteiligten über die Umsetzung konkreter Massnahmen gesprochen werden, «wie die Vielfalt der verschiedenen Familienmodelle bestmöglich gefördert und unterstützt werden kann».

In der heutigen Frage der Woche (Seite 9) kündigt die Freie Liste im Zuge der Budgetdebatte einen Vorstoss an, der dem ganzen Themenkomplex einen Betrag von 1,5 Millionen Franken zukommen lassen soll, weil die «Erhöhung von 300 000 Franken für die Betreuungseinrichtungen zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben ist», erklärt Thomas Lageder.